

Neueste Drahtmeldungen vom 20. April.

Deutscher Reichstag.

(Fortsetzung aus dem Überblatt.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Auf der Tagesordnung stehen Petitionen. Zur Verhandlung gelangen zunächst eine Petition von Müller-Verbänden und Handelskammern betreffend Maßnahmen, um eine übermäßige Getreideausfuhr zu verhindern, sowie eine Eingabe zahlreicher Kommunen um Prolongation des Termins für den Wegfall der kommunalen Oktrois auf Getreide, Mühleprodukte, Vieh und Fleisch. Nach § 18 des Zolltarifgesetzes sollen diese Oktrois am 1. Januar 1910 aufgehoben werden; die Petenten wünschen diesen Termin bis 1915 zu verschieben. — Die Kommission beantragt hinsichtlich der ersterwähnten Petition Erweiterung zur Erwähnung, hinsichtlich der Petition betreffend Prolongation des Termins für Aufhebung der kommunalen Oktrois Übergang zur Tagesordnung. — Abg. Ermel (Soz.): Wir bitten, diese letzteren Petitionen unter allen Umständen abzuweichen. Die Kommunen haben seit Ende 1902 Zeit genug gehabt, sich keinerlei auf den Wegfall dieser Oktrois auf Nahrungsmittel einzurichten. — Abg. Wöhl (natl.): Auch ich bin ein prinzipieller Gegner solcher Abgaben auf notwendige Nahrungsmittel. Aber etwas anderes ist es, solche Abgaben neu einzuführen, als bestehende aufzugeben. Die Kommunen aber geraten vielfach dadurch in finanzielle Schwierigkeiten. Hätten beantragt, die Petition auf Verlängerung des Oktrois auch so weit zu berücksichtigen, daß bestimmt wird, daß der Termin der Aufhebung wenigstens bis zum Jahre 1914 hinausgeschoben wird. — Abg. Dr. Pfeiffer (Zentrum): Auch ich bin ein prinzipieller Gegner des Oktrois, aber aus Opportunitätsgründen stimme ich dem Antrage bei. Freilich muß betont werden, daß in Bayern nicht die vorherrschenden Oktroie erhoben werden wie in Preußen. — Abg. Dr. Wagner (Soz.): Wir sind grundsätzlich gegen Münzenzölle, da ihnen keine die Volkswirtschaft belebende und schwüle Kraft innewohnt, wie es die Schutzzölle an den Grenzen tun; deshalb sind wir für eine völlige Aufhebung des § 18 nicht zu haben. Trotzdem sind wir mit Rücksicht auf die augenblickliche Lage der Städte bereit, für die Aufhebung des Oktrois eine Frist bis Ende 1914 zu gewähren. Die rückläufige wirtschaftliche Konjunktur, das starke Anwachsen der direkten Steuern in den Städten, die notwendigen Beamtenanwerbungen und endlich die Unförderbarkeit, welche die noch ungelöste Frage der Reichsfinanzreform auch auf die städtischen Finanzen ausübt, veranlassen uns dazu, für die Verlängerung der Frist zu stimmen. Ein Teil meiner Freunde ist allerdings aus grundsätzlichen Gründen dagegen. — Abg. Man à Streit, Wolfsg.: steht grundsätzlich auf dem Standpunkte, daß die städtischen Oktrois fallen müssen, bittet aber trotzdem, auf die befordernden Verhältnisse der bürgerlichen Gemeinden Rücksicht zu nehmen und für den Antrag Wöhl zu stimmen. Man möge den Kommunen Gelegenheit geben, die neue Steuerreform abzuwarten. Die Gemeinden hätten in den letzten Jahren außerordentlich schwere Lasten auf sich genommen; man sollte ihnen also entgegenkommen. — Abg. Bässler (ann. natl.): bitte seinerseits, es bei dem Antrage der Kommission zu belassen und über die Petition auf Verlängerung des Oktrois zur Tagesordnung überzugehen. Als wir das Zolltarifgesetz annahmen, war der oberste Grund, der, die nationale Produktion in Industrie, Gewerbe, Handwerk und Landwirtschaft zu schützen. Als damals der Landwirtschaft der nötige Schutz eingeräumt wurde durch eine Reihe von Zollerhöhungen, wurden auch den Gemeinden gewisse Kompensationen gegeben, die bis zu einem bestimmten Zeitpunkt währen sollten. Der städtische Oktroi ist bis zum Jahre 1910 gewährt worden; darauf sollen wir auch festhalten. Wir handeln im Zolltarif kein Änderungsvernehmen. Es handelt sich doch um ein fertiggestelltes Gesetz, an dem nicht gerüttelt werden soll. Ich bitte daher, über diese Petition zur Tagesordnung zu verneinen. — Panischer Ministerialrat Ströckenreuth: Die bayerische Regierung hat im Interesse der bayerischen Gemeinden seinerzeit gegen die Bestimmungen des § 17 des Zolltarifs, durch die das städtische Oktroi aufgehoben werden soll, erhebliche Bedenken geäußert. Wenn sie schließlich dem Paragrafen trotzdem zustimmt, gebührt es, um das ganze große Werk nicht weiter zu lassen. Seitdem ist aber auf die Schwäche dieses Paragraphen in der bayerischen Kammer hingewiesen worden. Ich bitte daher, den Bündnissen der Petenten auf Verlängerung des Oktrois Rechnung zu tragen. Die bayerischen Gemeinden haben in den letzten Jahren erhebliche Aufwendungen machen müssen, ihre Schulden sind ganz gewaltig gestiegen, sie haben sich in den letzten Jahren um das Viertel vermehrt. Dementprechend haben sich auch die Gemeindeumlagen erhöht: 1886 betrugen sie 77 Prozent, 1896 waren es etwa 96 Prozent und 1906 schon 125 Prozent. Diese Ziffern zeigen, wie schwer es den Gemeinden wird, ihren Bedarf aufzubringen und in welche Verlegenheit sie kommen würden, wenn ihnen jetzt die Einnahmen aus dem Oktroi genommen würden. So handelt sich in Bayern um eine Einnahme von rund 4 Millionen Mark. Sächsische Bundesratsvorsitzender Ministerialdirektor Gehr. Rat Dr. Fischer spricht hier in gleichem Sinne aus. Bei Aufhebung des Oktrois hätte Dresden einen Ausfall von 1½ Millionen Mark. Die sächsischen Gemeinden erhöht werden, was ein Bezugspunkt der vorhabenden Kreise aus Dresden zur Folge haben müßte. — Abg. Heinz (annat.): Manche Städte würden bei Aufhebung des Oktrois in eine schwierige Lage kommen und weiter den mittleren Grundbesitz, der jetzt schon sehr belastet ist, befreien müssen. In Sachsen steht eine neue Kommunalsteuerordnung bevor. Solange sie nicht abgeschlossen ist, sollte man die Oktrois weiterbestehen lassen. — Abg. Gothein (Zentr.): Ich frage sich gegen die Prolongation aus. Wenn wir fest wieder die Aufhebung des Oktrois bis 1914 hinausschieben, werden wir 1914 genau dasselbe erleben wie heute: Man wird die Aufhebung weiter hinausschieben wollen. Die bayerische Regierung möge den Städten, die dadurch in Bedrängnis kommen, Beihilfen geben. — Abg. Werner (Wirtsh. Bvg.): befürwortet die Prolongation. Vizepräsident Dr. Panische teilt mit, daß ein Antrag auf namentliche Abstimmung über den Kommissionsantrag und den Antrag Wöhl eingereicht ist. Die Abstimmung findet morgen statt. — Abg. Dr. Bentz: Für eine Aufhebung des § 18 könnte ich niemals stimmen, aber aus Opportunitätsrücksichten kann man doch für Hinausschiebung der Aufhebung der städtischen Oktrois eintreten. — Gehr. Oberfinanzrat Ströck: Es handelt sich ja hier nicht um Aufhebung des § 18 des Zolltarifgesetzes, sondern nur um eine Hinausschiebung des Termins für den Wegfall des Oktrois. Um so mehr darf ich darauf hinweisen, daß die Aufhebung des Oktrois für die beteiligten preußischen Gemeinden ziemlich allgemein ein hartes Anstreben der Steuerstabsaule nach sich zieht. Es handelt sich hier zum größten Teile um kleinere Gemeinden; aber auch die betroffenen größeren Gemeinden sind nicht besonders leistungsfähig. Dazu kommt, daß die preußischen Gemeinden ohnehin vor einer starken Steigerung ihrer Einkommen- und Realsteuern stehen wegen der Besoldungserschöpfung für die Gemeindebeamten. Dazu kommt dann noch das weitere Ausfallen an Einnahmen wegen Ausdehnung des steuerlichen Kindertarifleges. Der jetzige Augenblick ist also der ungeeignete für den Wegfall des Oktrois. — Abg. Pauli-Potsdam (konf.): spricht sich namens eines Teiles seiner Freunde gegen den Antrag Wöhl und für den Antrag der Kommission auf Hinausschiebung zur Tagesordnung aus. Er selbst sei aus einer Stadt, die Oktrois erhebe, aber die Kommunen hätten ja Zeit genug gehabt, sich auf die Aufhebung der Oktrois einzurichten. — Abg. Hildenbrand (Bvg.): äußert sich in

gleichem Sinne. Er findet es eigentlich, daß die Regierungsvertreter, die sonst bei Petitionsberatungen abweisen seien, heute hier erscheinen, um sich zu einer Petition auszuprägen, die die Fortdauer einer Zollabfertigung fordere. — Abg. Dr. Binder (Zentr.): Ich als böhmisches Abgeordnetes gegen die Aufhebung des Oktrois. Er und andere Böhmen hätten schon 1902 gegen § 18 des Zolltarifgesetzes gestimmt, der einen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung darstelle. — Abg. Gothein (Zentr. Bvg.): spricht nochmals seinen Standpunkt. — Abg. Stolle (Soz.): Ich als wohlhabend und blühend geworden. Das habe selbts Graf Schönwitz-Löwitz auf. — Ministerialdirektor Gehr. Rat Dr. Hilscher legt für seine Berliner Verantwortung daogen ein, daß er zu Petitionsberatungen erscheine, weil es gegen die Arbeiter gebe. — Weiterberatung morgen 2 Uhr; außerdem dritte Beratung des polnischen Antrages über die Freiheit des Grundelgentums und Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung über die Reform des Patentrechtes. Schluss der Sitzung 6½ Uhr.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Seniorenkongress des Reichstags wird morgen das Arbeitsprogramm aufstellen, wobei er sich hauptsächlich auf den Tag nach dem 20. April konzentriert. — Abg. Wöhl (natl.): Auch ich bin ein prinzipieller Gegner solcher Abgaben auf notwendige Nahrungsmittel. Aber etwas anderes ist es, solche Abgaben neu einzuführen, als bestehende aufzugeben. Die Kommunen aber geraten vielfach dadurch in finanzielle Schwierigkeiten. Hätten beantragt, die Petition auf Verlängerung des Oktrois auch so weit zu berücksichtigen, daß bestimmt wird, daß der Termin der Aufhebung wenigstens bis zum Jahre 1914 hinausgeschoben wird. — Abg. Dr. Pfeiffer (Zentrum): Auch ich bin ein prinzipieller Gegner des Oktrois, aber aus Opportunitätsgründen stimme ich dem Antrage bei. Freilich muß betont werden, daß in Bayern nicht die vorherrschenden Oktroie erhoben werden wie in Preußen.

— Abg. Dr. Wagner (Soz.): Wir sind grundsätzlich gegen Münzenzölle, da ihnen keine die Volkswirtschaft belebende und schwüle Kraft innewohnt, wie es die Schutzzölle an den Grenzen tun; deshalb sind wir für eine völlige Aufhebung des § 18 nicht zu haben. Trotzdem sind wir mit Rücksicht auf die augenblickliche Lage der Städte bereit, für die Aufhebung des Oktrois eine Frist bis Ende 1914 zu gewähren. Die rückläufige wirtschaftliche Konjunktur, das starke Anwachsen der direkten Steuern in den Städten, die notwendigen Beamtenanwerbungen und endlich die Unförderbarkeit, welche die noch ungelöste Frage der Reichsfinanzreform auch auf die städtischen Finanzen ausübt, veranlassen uns dazu, für die Verlängerung der Frist zu stimmen. Ein Teil meiner Freunde ist allerdings aus grundsätzlichen Gründen dagegen. — Abg. Man à Streit, Wolfsg.: steht grundsätzlich auf dem Standpunkte, daß die städtischen Oktrois fallen müssen, bittet aber trotzdem, auf die befordernden Verhältnisse der bürgerlichen Gemeinden Rücksicht zu nehmen und für den Antrag Wöhl zu stimmen. Man möge den Kommunen Gelegenheit geben, die neue Steuerreform abzuwarten. Die Gemeinden hätten in den letzten Jahren außerordentlich schwere Lasten auf sich genommen; man sollte ihnen also entgegenkommen. — Abg. Bässler (ann. natl.): bitte seinerseits, es bei dem Antrage der Kommission zu belassen und über die Petition auf Verlängerung des Oktrois zur Tagesordnung überzugehen. — Abg. Dr. Fischer (Zentrum): Auch ich bin ein prinzipieller Gegner des Oktrois, aber aus Opportunitätsgründen stimme ich dem Antrage bei. Freilich muß betont werden, daß in Bayern nicht die vorherrschenden Oktroie erhoben werden wie in Preußen.

— Abg. Dr. Wagner (Soz.): Wir sind grundsätzlich gegen Münzenzölle, da ihnen keine die Volkswirtschaft belebende und schwüle Kraft innewohnt, wie es die Schutzzölle an den Grenzen tun; deshalb sind wir für eine völligige Aufhebung des § 18 nicht zu haben. Trotzdem sind wir mit Rücksicht auf die augenblickliche Lage der Städte bereit, für die Aufhebung des Oktrois eine Frist bis Ende 1914 zu gewähren. Die rückläufige wirtschaftliche Konjunktur, das starke Anwachsen der direkten Steuern in den Städten, die notwendigen Beamtenanwerbungen und endlich die Unförderbarkeit, welche die noch ungelöste Frage der Reichsfinanzreform auch auf die städtischen Finanzen ausübt, veranlassen uns dazu, für die Verlängerung der Frist zu stimmen. Ein Teil meiner Freunde ist allerdings aus grundsätzlichen Gründen dagegen. — Abg. Man à Streit, Wolfsg.: steht grundsätzlich auf dem Standpunkte, daß die städtischen Oktrois fallen müssen, bittet aber trotzdem, auf die befordernden Verhältnisse der bürgerlichen Gemeinden Rücksicht zu nehmen und für den Antrag Wöhl zu stimmen. Man möge den Kommunen Gelegenheit geben, die neue Steuerreform abzuwarten. Die Gemeinden hätten in den letzten Jahren außerordentlich schwere Lasten auf sich genommen; man sollte ihnen also entgegenkommen. — Abg. Bässler (ann. natl.): bitte seinerseits, es bei dem Antrage der Kommission zu belassen und über die Petition auf Verlängerung des Oktrois zur Tagesordnung überzugehen. — Abg. Dr. Fischer (Zentrum): Auch ich bin ein prinzipieller Gegner des Oktrois, aber aus Opportunitätsgründen stimme ich dem Antrage bei. Freilich muß betont werden, daß in Bayern nicht die vorherrschenden Oktroie erhoben werden wie in Preußen.

— Abg. Dr. Wagner (Soz.): Wir sind grundsätzlich gegen Münzenzölle, da ihnen keine die Volkswirtschaft belebende und schwüle Kraft innewohnt, wie es die Schutzzölle an den Grenzen tun; deshalb sind wir für eine völligige Aufhebung des § 18 nicht zu haben. Trotzdem sind wir mit Rücksicht auf die augenblickliche Lage der Städte bereit, für die Aufhebung des Oktrois eine Frist bis Ende 1914 zu gewähren. Die rückläufige wirtschaftliche Konjunktur, das starke Anwachsen der direkten Steuern in den Städten, die notwendigen Beamtenanwerbungen und endlich die Unförderbarkeit, welche die noch ungelöste Frage der Reichsfinanzreform auch auf die städtischen Finanzen ausübt, veranlassen uns dazu, für die Verlängerung der Frist zu stimmen. Ein Teil meiner Freunde ist allerdings aus grundsätzlichen Gründen dagegen. — Abg. Man à Streit, Wolfsg.: steht grundsätzlich auf dem Standpunkte, daß die städtischen Oktrois fallen müssen, bittet aber trotzdem, auf die befordernden Verhältnisse der bürgerlichen Gemeinden Rücksicht zu nehmen und für den Antrag Wöhl zu stimmen. Man möge den Kommunen Gelegenheit geben, die neue Steuerreform abzuwarten. Die Gemeinden hätten in den letzten Jahren außerordentlich schwere Lasten auf sich genommen; man sollte ihnen also entgegenkommen. — Abg. Bässler (ann. natl.): bitte seinerseits, es bei dem Antrage der Kommission zu belassen und über die Petition auf Verlängerung des Oktrois zur Tagesordnung überzugehen. — Abg. Dr. Fischer (Zentrum): Auch ich bin ein prinzipieller Gegner des Oktrois, aber aus Opportunitätsgründen stimme ich dem Antrage bei. Freilich muß betont werden, daß in Bayern nicht die vorherrschenden Oktroie erhoben werden wie in Preußen.

— Abg. Dr. Wagner (Soz.): Wir sind grundsätzlich gegen Münzenzölle, da ihnen keine die Volkswirtschaft belebende und schwüle Kraft innewohnt, wie es die Schutzzölle an den Grenzen tun; deshalb sind wir für eine völligige Aufhebung des § 18 nicht zu haben. Trotzdem sind wir mit Rücksicht auf die augenblickliche Lage der Städte bereit, für die Aufhebung des Oktrois eine Frist bis Ende 1914 zu gewähren. Die rückläufige wirtschaftliche Konjunktur, das starke Anwachsen der direkten Steuern in den Städten, die notwendigen Beamtenanwerbungen und endlich die Unförderbarkeit, welche die noch ungelöste Frage der Reichsfinanzreform auch auf die städtischen Finanzen ausübt, veranlassen uns dazu, für die Verlängerung der Frist zu stimmen. Ein Teil meiner Freunde ist allerdings aus grundsätzlichen Gründen dagegen. — Abg. Man à Streit, Wolfsg.: steht grundsätzlich auf dem Standpunkte, daß die städtischen Oktrois fallen müssen, bittet aber trotzdem, auf die befordernden Verhältnisse der bürgerlichen Gemeinden Rücksicht zu nehmen und für den Antrag Wöhl zu stimmen. Man möge den Kommunen Gelegenheit geben, die neue Steuerreform abzuwarten. Die Gemeinden hätten in den letzten Jahren außerordentlich schwere Lasten auf sich genommen; man sollte ihnen also entgegenkommen. — Abg. Bässler (ann. natl.): bitte seinerseits, es bei dem Antrage der Kommission zu belassen und über die Petition auf Verlängerung des Oktrois zur Tagesordnung überzugehen. — Abg. Dr. Fischer (Zentrum): Auch ich bin ein prinzipieller Gegner des Oktrois, aber aus Opportunitätsgründen stimme ich dem Antrage bei. Freilich muß betont werden, daß in Bayern nicht die vorherrschenden Oktroie erhoben werden wie in Preußen.

— Abg. Dr. Wagner (Soz.): Wir sind grundsätzlich gegen Münzenzölle, da ihnen keine die Volkswirtschaft belebende und schwüle Kraft innewohnt, wie es die Schutzzölle an den Grenzen tun; deshalb sind wir für eine völligige Aufhebung des § 18 nicht zu haben. Trotzdem sind wir mit Rücksicht auf die augenblickliche Lage der Städte bereit, für die Aufhebung des Oktrois eine Frist bis Ende 1914 zu gewähren. Die rückläufige wirtschaftliche Konjunktur, das starke Anwachsen der direkten Steuern in den Städten, die notwendigen Beamtenanwerbungen und endlich die Unförderbarkeit, welche die noch ungelöste Frage der Reichsfinanzreform auch auf die städtischen Finanzen ausübt, veranlassen uns dazu, für die Verlängerung der Frist zu stimmen. Ein Teil meiner Freunde ist allerdings aus grundsätzlichen Gründen dagegen. — Abg. Man à Streit, Wolfsg.: steht grundsätzlich auf dem Standpunkte, daß die städtischen Oktrois fallen müssen, bittet aber trotzdem, auf die befordernden Verhältnisse der bürgerlichen Gemeinden Rücksicht zu nehmen und für den Antrag Wöhl zu stimmen. Man möge den Kommunen Gelegenheit geben, die neue Steuerreform abzuwarten. Die Gemeinden hätten in den letzten Jahren außerordentlich schwere Lasten auf sich genommen; man sollte ihnen also entgegenkommen. — Abg. Bässler (ann. natl.): bitte seinerseits, es bei dem Antrage der Kommission zu belassen und über die Petition auf Verlängerung des Oktrois zur Tagesordnung überzugehen. — Abg. Dr. Fischer (Zentrum): Auch ich bin ein prinzipieller Gegner des Oktrois, aber aus Opportunitätsgründen stimme ich dem Antrage bei. Freilich muß betont werden, daß in Bayern nicht die vorherrschenden Oktroie erhoben werden wie in Preußen.

— Abg. Dr. Wagner (Soz.): Wir sind grundsätzlich gegen Münzenzölle, da ihnen keine die Volkswirtschaft belebende und schwüle Kraft innewohnt, wie es die Schutzzölle an den Grenzen tun; deshalb sind wir für eine völligige Aufhebung des § 18 nicht zu haben. Trotzdem sind wir mit Rücksicht auf die augenblickliche Lage der Städte bereit, für die Aufhebung des Oktrois eine Frist bis Ende 1914 zu gewähren. Die rückläufige wirtschaftliche Konjunktur, das starke Anwachsen der direkten Steuern in den Städten, die notwendigen Beamtenanwerbungen und endlich die Unförderbarkeit, welche die noch ungelöste Frage der Reichsfinanzreform auch auf die städtischen Finanzen ausübt, veranlassen uns dazu, für die Verlängerung der Frist zu stimmen. Ein Teil meiner Freunde ist allerdings aus grundsätzlichen Gründen dagegen. — Abg. Man à Streit, Wolfsg.: steht grundsätzlich auf dem Standpunkte, daß die städtischen Oktrois fallen müssen, bittet aber trotzdem, auf die befordernden Verhältnisse der bürgerlichen Gemeinden Rücksicht zu nehmen und für den Antrag Wöhl zu stimmen. Man möge den Kommunen Gelegenheit geben, die neue Steuerreform abzuwarten. Die Gemeinden hätten in den letzten Jahren außerordentlich schwere Lasten auf sich genommen; man sollte ihnen also entgegenkommen. — Abg. Bässler (ann. natl.): bitte seinerseits, es bei dem Antrage der Kommission zu belassen und über die Petition auf Verlängerung des Oktrois zur Tagesordnung überzugehen. — Abg. Dr. Fischer (Zentrum): Auch ich bin ein prinzipieller Gegner des Oktrois, aber aus Opportunitätsgründen stimme ich dem Antrage bei. Freilich muß betont werden, daß in Bayern nicht die vorherrschenden Oktroie erhoben werden wie in Preußen.

— Abg. Dr. Wagner (Soz.): Wir sind grundsätzlich gegen Münzenzölle, da ihnen keine die Volkswirtschaft belebende und schwüle Kraft innewohnt, wie es die Schutzzölle an den Grenzen tun; deshalb sind wir für eine völligige Aufhebung des § 18 nicht zu haben. Trotzdem sind wir mit Rücksicht auf die augenblickliche Lage der Städte bereit, für die Aufhebung des Oktrois eine Frist bis Ende 1914 zu gewähren. Die rückläufige wirtschaftliche Konjunktur, das starke Anwachsen der direkten Steuern in den Städten, die notwendigen Beamtenanwerbungen und endlich die Unförderbarkeit, welche die noch ungelöste Frage der Reichsfinanzreform auch auf die städtischen Finanzen ausübt, veranlassen uns dazu, für die Verlängerung der Frist zu stimmen. Ein Teil meiner Freunde ist allerdings aus grundsätzlichen Gründen dagegen. — Abg. Man à Streit, Wolfsg.: steht grundsätzlich auf dem Standpunkte, daß die städtischen Oktrois fallen müssen, bittet aber trotzdem, auf die befordernden Verhältnisse der bürgerlichen Gemeinden Rücksicht zu nehmen und für den Antrag Wöhl zu stimmen. Man möge den Kommunen Gelegenheit geben, die neue Steuerreform abzuwarten. Die Gemeinden hätten in den letzten Jahren außerordentlich schwere Lasten auf sich genommen; man sollte ihnen also entgegenkommen. — Abg. Bässler (ann. natl.): bitte seinerseits, es bei dem Antrage der Kommission zu belassen und über die Petition auf Verlängerung des Oktrois zur Tagesordnung überzugehen. — Abg. Dr. Fischer (Zentrum): Auch ich bin ein prinzipieller Gegner des Oktrois, aber aus Opportunitätsgründen stimme ich dem Antrage bei. Freilich muß betont werden, daß in Bayern nicht die vorherrschenden Oktroie erhoben werden wie in Preußen.

— Abg. Dr. Wagner (Soz.): Wir sind grundsätzlich gegen Münzenzölle, da ihnen keine die Volkswirtschaft belebende und schwüle Kraft innewohnt, wie es die Schutzzölle an den Grenzen tun; deshalb sind wir für eine völligige Aufhebung des § 18 nicht zu haben. Trotzdem sind wir mit Rücksicht auf die augenblickliche Lage der Städte bereit, für die Aufhebung des Oktrois eine Frist bis Ende 1914 zu gewähren. Die rückläufige wirtschaftliche Konjunktur, das starke Anwachsen der direkten Steuern in den Städten, die notwendigen Beamtenanwerbungen und endlich die Unförderbarkeit, welche die noch ungelöste Frage der Reichsfinanzreform auch auf die städtischen Finanzen ausübt, veranlassen uns dazu, für die Verlängerung der Frist zu stimmen. Ein Teil meiner Freunde ist allerdings aus grundsätzlichen Gründen dagegen. — Abg. Man à Streit, Wolfsg.: steht grundsätzlich auf dem Standpunkte, daß die städtischen Oktrois fallen müssen, bittet aber trotzdem, auf die befordernden Verhältnisse der bürgerlichen Gemeinden Rücksicht zu nehmen und für den Antrag Wöhl zu stimmen. Man möge den Kommunen Gelegenheit geben, die neue Steuerreform abzuwarten. Die Gemeinden hätten in den letzten Jahren außerordentlich schwere Lasten auf sich genommen; man sollte ihnen also entgegenkommen. — Abg. Bässler (ann. natl.): bitte seinerseits, es bei dem Antrage der Kommission zu belassen und über die Petition auf Verlängerung des Oktrois zur Tagesordnung überzugehen. — Abg. Dr. Fischer (Zentrum): Auch ich bin ein prinzipieller Gegner des Oktrois, aber aus Opportunitätsgründen stimme ich dem Antrage bei. Freilich muß betont werden, daß in Bayern nicht die vorherrschenden Oktroie erhoben werden wie in Preußen.

— Abg. Dr. Wagner (Soz.): Wir sind grundsätzlich gegen Münzenzölle, da ihnen keine die Volkswirtschaft belebende und schwüle Kraft innewohnt, wie es die Schutzzölle an den Grenzen tun; deshalb sind wir für eine völligige Aufhebung des § 18 nicht zu haben. Trotzdem sind wir mit Rücksicht auf die augenblickliche Lage der Städte bereit, für die Aufhebung des Oktrois eine Frist bis Ende 1914 zu gewähren. Die rückläufige wirtschaftliche Konjunktur, das starke Anwachsen der direkten Steuern in den Städten, die notwendigen Beamtenanwerbungen und endlich die Unförderbarkeit, welche die noch ungelöste Frage der Reichsfinanzreform auch auf die städtischen Finanzen ausübt, veranlassen uns dazu, für die Verlängerung der Frist zu stimmen. Ein Teil meiner Freunde ist allerdings aus grundsätzlichen Gründen dagegen. — Abg. Man à Streit, Wolfsg.: steht grundsätzlich auf dem Standpunkte, daß die städt